

Stadt Bitterfeld-Wolfen  
Rathausplatz 1  
06766 Bitterfeld-Wolfen

### **Sitzungsniederschrift**

Der Haupt- und Finanzausschuss führte seine 36. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 10.03.2011, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, Beratungsraum 212, von 18:00 Uhr bis 20:55 Uhr, durch.

#### **Teilnehmerliste**

##### **stimmberechtigt:**

###### Vorsitz

Petra Wust

###### Mitglied

Dr. Wolfgang Baronius  
Klaus-Ari Gatter  
Günter Herder  
André Krillwitz  
Gisela Lorenz  
Jens Tetzlaff  
Dr. Holger Welsch

i.V. von Herrn Lars-Jörn Zimmer

###### Ortsbürgermeister/in

Ortschaft Bobbau

###### Mitarbeiter der Verwaltung

Herr Rolf Hülßner, GBL Finanzwesen

##### **abwesend:**

###### Mitglied

Lars-Jörn Zimmer

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Donnerstag, den 10.03.2011, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

**Bestätigte Tagesordnung:**

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 27.01.11	
4	Haushalt der Stadt Bitterfeld-Wolfen	
5	Vorbereitung der Stadtratssitzung am 17.03.11	
5.1	Beschließen der Jahresrechnung 2009 der Gemeinde / des Ortsteils Bobbau gemäß § 170 GO LSA	<b>Beschlussantrag 007-2011</b>
5.2	Änderung des Stellenplanes des kommunalen EB "Freizeitforum Bitterfeld-Wolfen"	<b>Beschlussantrag 028-2011</b>
5.3	Bebauungsplan Nr. 02-2010btf "Photovoltaik Hinter dem Bahnhof" im OT Bitterfeld - Abwägungsbeschluss	<b>Beschlussantrag 238-2010</b>
5.4	Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 1/99a Bitterfelder Wasserfront gemäß § 13 BauGB	<b>Beschlussantrag 018-2011</b>
5.5	Bebauungsplan Nr. 02-2010btf "Photovoltaik Hinter dem Bahnhof" im OT Bitterfeld - Satzungsbeschluss	<b>Beschlussantrag 239-2010</b>
5.6	Grundsatzbeschluss zur weiteren Verfahrensweise für die Gemengelage Straße "Am Kraftwerk" im OT Bitterfeld zur Schaffung von Planungsrecht, hier: Bestätigung des Handlungskonzeptes	<b>Beschlussantrag 019-2011</b>
5.7	Ergänzungsbeschluss zur Abwägung des Bebauungsplanes Nr. 01-2010ho "Photovoltaikanlage Deponie" im OT Holzweißig	<b>Beschlussantrag 020-2011</b>
5.8	Erneuter Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 01-2010ho "Photovoltaikanlage Deponie" im OT Holzweißig	<b>Beschlussantrag 021-2011</b>
5.9	9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. TH 1.2 "Gewerbegebiet südlich der Wolfener Straße" der Stadt Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Thalheim Aufstellungsbeschluss	<b>Beschlussantrag 022-2011</b>
5.10	4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. TH 1.3 "AREAL A ChemiePark Bitterfeld-Wolfen" der Stadt Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Thalheim Aufstellungsbeschluss	<b>Beschlussantrag 024-2011</b>
5.11	Abschluss des Fernwärme-Konzessionsvertrages für den Ortsteil Wolfen mit der Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen GmbH	<b>Beschlussantrag 030-2011</b>
5.12	Beschluss zur Beteiligungsrichtlinie der Stadt Bitterfeld-Wolfen	<b>Beschlussantrag 031-2011</b>
6	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte	
7	Schließung des öffentlichen Teils	

<p><b>zu 1</b></p>	<p><b>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit</b></p> <p>Die <b>Ausschussvorsitzende, Frau Wust</b>, eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest. Es sind 8 Ausschussmitglieder bzw. ein Stellvertreter anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.</p>	
<p><b>zu 2</b></p>	<p><b>Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</b></p> <p><b>Herr Dr. Baronius</b> ist der Meinung, dass der BA 033-2011 bzgl. des FOC, der auf der TO des Stadtrates steht, heute mit beraten werden sollte.</p> <p>Die <b>Oberbürgermeisterin, Frau Wust</b>, bemerkt, dass im öffentlichen Teil keine Beschlussanträge aufgenommen werden können. Im n.ö. Teil wäre es auch nicht möglich, da dieser Beschlussantrag öffentlich ist. Sie weist darauf hin, dass der Beschlussantrag zum Redaktionsschluss des Haupt- und Finanzausschusses nicht vorlag.</p> <p>Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich beschlossen</p>	<p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<p><b>zu 3</b></p>	<p><b>Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 27.01.11</b></p> <p>Die <b>Oberbürgermeisterin</b> teilt mit, dass keine mündlichen und schriftlichen Einwände dazu vorliegen.</p> <p><b>Herr Tetzlaff</b> weist darauf hin, dass im Mandatos die Niederschriften der einzelnen Gremien der jeweils vorhergehenden Sitzungen mit den aktuellen Sitzungen entsprechend verlinkt sein sollten, so dass man nicht immer auf das Datum der alten Sitzungen zurückgehen muss, wie dies bereits im BuVA praktiziert wird.</p> <p>Die Niederschrift des Haupt- und Finanzausschusses vom 27.01.11 wird bestätigt.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig beschlossen</p>	<p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p><b>zu 4</b></p>	<p><b>Haushalt der Stadt Bitterfeld-Wolfen</b></p> <p>Die <b>Oberbürgermeisterin</b> verweist auf das Schreiben der Kommunalaufsicht vom 09.03.2011 – Kommunalaufsichtliche Entscheidungen zur HH-Satzung für das HH-Jahr 2011 und zum Konsolidierungskonzept, was von Herrn Hülßner als Tischvorlage verteilt wurde. Am 03.03.11 fand die Anhörung zum Haushalt statt. Die Aussage des Landkreises ist, dass das Einsparpotential noch nicht ausgeschöpft wurde. Die Kreditermächtigung für Investitionen über 2 Mio € wurde versagt. Der Beschluss zum Haushalt muss aufgehoben und ein neuer Haushalt erarbeitet werden. Frau Wust bittet darum, dass in den Fraktionen das Thema Haushalt nochmals beraten wird und Vorschläge zu Einsparungen unterbreitet werden. Es müssen dabei alle Aufgaben auf den Prüfstand gestellt werden. Es gehe</p>	

hierbei hauptsächlich um die freiwilligen Aufgaben. Im ersten Anhörungsschreiben der Kommunalaufsicht war u.a. enthalten, dass man sich dem Thema Steuern verstärkt widmen müsste. Frau Wust informiert, dass sie bereits Gespräche mit den Unternehmen in der ehemaligen Gemarkung Thalheim bzgl. der Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern geführt hat. Die nächsten Gespräche folgen mit dem Ziel der Erhöhung dieser Steuern ab dem 01.01.2012. Die Problematik wird in der AG Haushaltskonsolidierung, die am 22.03.11 stattfindet u.a. Diskussionsthema sein. Die Einladungen zur Arbeitsgruppe werden morgen per E-Mail bzw. per Post verschickt.

Frau Wust bemerkt, dass lt. Forderung der Kommunalaufsicht in diesem Jahr ein Beschluss des Stadtrates zur Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer ab 2012 gefasst werden soll.

Sie bittet die HFA-Mitglieder um ihr Einverständnis, dass so verfahren werden kann, dass ein entsprechender Beschlussantrag für eine der nächsten Stadtratssitzungen eingereicht wird.

Dies wird von den Mitgliedern des Haupt- und Finanzausschusses auch so befürwortet.

**Frau Lorenz** befürchtet, dass die Unternehmen entsprechend handeln werden und unter dem Strich für die Stadt auch mit höherem Hebesatz nicht viel übrig bleibe.

Die **Oberbürgermeisterin, Frau Wust**, verweist nochmals auf die unbedingte Notwendigkeit. Die Stadt Bitterfeld-Wolfen liege im Steuerbereich fast um die Hälfte unter dem Landesdurchschnitt.

Man würde allerdings nicht, gem. Forderung der Kommunalaufsicht, den Höchstsatz von Sachsen-Anhalt, sondern den Höchstsatz in der Stadt Bitterfeld-Wolfen zugrunde legen.

Der **GBL Finanzwesen, Herr Hülßner** ergänzt, dass jetzt ein zweiter Entwurf der HH-Satzung erarbeitet wird. Man wird die Verfahrensweise genauso wie beim ersten Entwurf gestalten, einschließlich der Anhörung in den Ortschaftsräten bzw. in den Ortsbürgermeisterberatungen. Des Weiteren müssen sich die entsprechenden Gremien, wie die AG Haushaltskonsolidierung, der HFA und der BuVA mit der Haushaltshematik erneut befassen, was wiederum eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird. Unter Berücksichtigung dieser Termine geht Herr Hülßner davon aus, dass Ende des Halbjahres ein entsprechender Beschlussantrag zur Beschlussfassung im Stadtrat vorliegen könnte. Im Mittelpunkt steht die Liquiditätssicherung. Im Rahmen der Anhörung bei der Kommunalaufsicht wurde ein weiterer Vorschlag unterbreitet, und zwar die Möglichkeit, einen Liquiditätshilfeantrag an den Landkreis zu stellen. Zurzeit habe man ein Defizit von 38,7 Mio € das sich jetzt, ohne Einbeziehung der Kreisumlage, verbessert hat. Man habe bereits einige finanzielle Mittel als Vorschuss erhalten (z.B. für Kindertagesstätten), so dass vorübergehend eine Liquiditätsverbesserung zu verzeichnen ist. Man wird allerdings in absehbarer Zeit auf eine Liquiditätshilfe zurückgreifen müssen. Bisher liegt noch keine Reaktion von der Investitionsbank vor, obwohl man dies innerhalb einer Bearbeitungszeit innerhalb von 6 Wochen zugesichert hatte.

**Herr Dr. Baronius** spricht an, dass man sich vor der Landtagswahl wegen der Haushaltssituation nochmals an die Öffentlichkeit wenden wollte.

**Frau Wust** äußert, dass man sich bereits mehrfach an die Öffentlichkeit gewandt hat. Es tagte u.a. auch der Arbeitskreis der Großen

	<p>kreisangehörigen Städte in Bitterfeld-Wolfen und im Regionalfernsehen wurde darüber berichtet. Die Landtagsabgeordneten wurden ebenfalls angeschrieben.</p> <p><b>Herr Dr. Baronius</b> geht von einem offiziellen offenen Brief aus, was auch von Herrn Gatter vorgeschlagen wird.</p> <p><b>Frau Wust</b> äußert, dass man einen rechtswidrigen Haushalt habe und mit einem offenen Brief sicherlich auch nichts ausrichten könnte. Wichtig sei, dass man den Sparwillen erkennen lasse. Die Botschaft des Landkreises sei, dass die Stadt zu viele freiwillige Aufgaben hat. Es wird erwartet, dass die Stadt hier Zeichen setzt.</p> <p>Auf die Frage von <b>Frau Lorenz</b> zum Haushaltskennzahlensystem bemerkt die OB, dass dieses für den Haushalt der Stadt nicht relevant ist, da man keine kameralistische, sondern die doppische HH-Führung habe. In der Verfügung der Kommunalaufsicht (Schreiben vom 09.03.) taucht der Begriff auch nicht mehr auf, da man die KAB darauf hingewiesen hatte.</p> <p><b>Herr Gatter</b> bemerkt, dass man immer von einer Daseinsfürsorge für die Bürger ausgehen sollte. Er warnt daher davon, dass immer wieder „mit erhobenen Zeigefinger“ auf die freiwilligen Aufgaben hingewiesen wird. Man hatte auch in dieser Runde festgestellt, dass etwas gegen die Abwanderung von Bürgern getan werden muss. Er versteht daher nicht die Forderung des Landkreises, alle freiwilligen Aufgaben zu streichen.</p> <p>Die <b>Oberbürgermeisterin, Frau Wust</b>, bemerkt, dass es nicht darauf hinauslaufe, dass alle freiwilligen Aufgaben generell zu streichen sind. Hier muss maßvoll etwas getan werden.</p> <p>Frau Wust bittet, dass man sich in den Fraktionen verstärkt mit der Problematik Haushalt auseinandersetzt und Ideen einbringt.</p>	
<p><b>zu 5</b></p>	<p><b>Vorbereitung der Stadtratssitzung am 17.03.11</b></p>	
<p><b>zu 5.1</b></p>	<p><b>Beschließen der Jahresrechnung 2009 der Gemeinde / des Ortsteils Bobbau gemäß § 170 GO LSA</b></p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 007-2011 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig empfohlen</p>	<p><b>Beschlussantrag 007-2011</b></p> <p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p><b>zu 5.2</b></p>	<p><b>Änderung des Stellenplanes des kommunalen EB "Freizeitforum Bitterfeld-Wolfen"</b></p> <p>Die <b>Oberbürgermeisterin, Frau Wust</b>, zieht den BA 028-2011 von der Tagesordnung zurück. Auf der TO des Stadtrates ist der BA nicht mehr aufgeführt. Es muss im Zusammenhang dazu noch ein separater Beschlussantrag von Seiten des FB Personal/Recht erarbeitet werden.</p> <p style="text-align: right;">vom Einreicher zurückgezogen</p>	<p><b>Beschlussantrag 028-2011</b></p>

<p><b>zu 5.3</b></p>	<p><b>Bebauungsplan Nr. 02-2010btf "Photovoltaik Hinter dem Bahnhof" im OT Bitterfeld - Abwägungsbeschluss</b></p> <p><b>Herr Herder</b> fragt in dem Zusammenhang nach der Zuwegung zum JC „Festung“ :</p> <p><b>Frau Wust</b> bemerkt, dass bereits im OR Bitterfeld die Frage gestellt und gesagt wurde, dass hier die Zufahrt nicht betroffen ist.</p> <p><b>Herr Dr. Baronius</b> kritisiert den Umfang des Abwägungsbogens bzw. der textlichen Festsetzungen dahingehend, dass es auf mehreren Seiten z.B. um die Zusammensetzung von Gras-Samen, um Pflanzlisten oder um die Erfassung von Bodenbrütern, wie Steinschmätzer, geht, was er als überzogen findet.</p> <p>Bei der Fläche handelt es sich um eine Industriebrache</p> <p>Seitens der Gremienmitglieder wird herausgestellt, dass man hier keinen anderen Ermessensspielraum hat.</p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 020-2011 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p><b>Beschlussantrag 238-2010</b></p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<p><b>zu 5.4</b></p>	<p><b>Vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 1/99a Bitterfelder Wasserfront gemäß § 13 BauGB</b></p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 018-2011 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig empfohlen</p>	<p><b>Beschlussantrag 018-2011</b></p> <p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p><b>zu 5.5</b></p>	<p><b>Bebauungsplan Nr. 02-2010btf "Photovoltaik Hinter dem Bahnhof" im OT Bitterfeld - Satzungsbeschluss</b></p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 239-2010 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p><b>Beschlussantrag 239-2010</b></p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p>
<p><b>zu 5.6</b></p>	<p><b>Grundsatzbeschluss zur weiteren Verfahrensweise für die Gemengelage Straße "Am Kraftwerk" im OT Bitterfeld zur Schaffung von Planungsrecht, hier: Bestätigung des Handlungskonzeptes</b></p> <p>Die <b>Oberbürgermeisterin</b> zieht den BA 019-2011 von der Tagesordnung zurück, da es noch Klärungsbedarf gibt. Der Terminplan und die Anlage zum Beschlussantrag wird nochmals geändert.</p> <p>Zur Stadtratssitzung am 17.03.11 steht der Beschlussantrag nicht auf der Tagesordnung.</p> <p>Nach kurzer Diskussion wird von der OB zur Problematik nochmals herausgestellt, dass die Arbeitsgruppe dazu dienen soll, die Leute der Straße „Am Kraftwerk“ in das Verfahren, d.h. hinsichtlich der Erarbeitung des B-Plans mit einzubeziehen.</p> <p>Der Ortschaftsrat Bitterfeld hatte zwar den Beschluss gefasst, dass die Arbeiten so zu beschleunigen sind, dass bis spätestens September 2011 für die Anwohner Klarheit über die Lösung besteht. Dies sei technisch</p>	<p><b>Beschlussantrag 019-2011</b></p>

	<p>allerdings gar nicht möglich. Man sei natürlich bestrebt, den betroffenen Leuten der Straße „Am Kraftwerk“ so schnell wie möglich etwas anzubieten.</p> <p>Der Beschlussantrag wird auf die Stadtratssitzung am 20.04.11 verschoben.</p> <p style="text-align: right;">vom Einreicher zurückgezogen</p>	
zu 5.7	<p><b>Ergänzungsbeschluss zur Abwägung des Bebauungsplanes Nr. 01-2010ho "Photovoltaikanlage Deponie" im OT Holzweißig</b></p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 020-2011 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig empfohlen</p>	<p><b>Beschlussantrag 020-2011</b></p> <p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 5.8	<p><b>Erneuter Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 01-2010ho "Photovoltaikanlage Deponie" im OT Holzweißig</b></p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 021-2011 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig empfohlen</p>	<p><b>Beschlussantrag 021-2011</b></p> <p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 5.9	<p><b>9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. TH 1.2 "Gewerbegebiet südlich der Wolfener Straße" der Stadt Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Thalheim Aufstellungsbeschluss</b></p> <p><b>Herr Herder</b> hinterfragt, welchen Geltungsbereich des B-Plans insgesamt das Areal umfasst.</p> <p>Die <b>OB, Frau Wust</b>, äußert, dass Herrn Herder entweder per Mail oder zum Stadtrat entsprechend informiert wird, d.h. dass ihm ein Gesamtplan des B-Plans zur Verfügung gestellt wird.</p> <p>Das gleiche gilt für den nächsten Beschlussantrag 024-2011.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig empfohlen</p>	<p><b>Beschlussantrag 022-2011</b></p> <p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 5.10	<p><b>4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. TH 1.3 "AREAL A ChemiePark Bitterfeld-Wolfen" der Stadt Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Thalheim Aufstellungsbeschluss</b></p> <p>Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 030-2011 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">einstimmig empfohlen</p>	<p><b>Beschlussantrag 024-2011</b></p> <p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 5.11	<p><b>Abschluss des Fernwärme-Konzessionsvertrages für den Ortsteil Wolfen mit der Stadtwerke Bitterfeld-Wolfen GmbH</b></p> <p>Die <b>Oberbürgermeisterin</b> teilt mit, dass der BA 030-2011 vom Wirtschafts- und Umweltausschuss dem Stadtrat einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen wurde.</p> <p><b>Frau Lorenz</b> vermisst im Antragsinhalt die Angabe des Zeitraums.</p> <p>Die <b>Oberbürgermeisterin</b> bemerkt, dass der Zeitraum in der Begründung erwähnt ist.</p>	<p><b>Beschlussantrag 030-2011</b></p>

	<p>Ziel ist es, generell eine einheitliche Laufzeit von Konzessionsverträgen zu erreichen.</p> <p><b>Herr Herder</b> meint, dass im BA enthalten ist, dass ein neuer Konzessionsvertrag abgeschlossen wird. Es müsste s.E. formuliert sein, dass der vorhandene Fernwärme-Konzessionsvertrag verlängert wird, um Irritationen zu vermeiden.</p> <p>Nach weiterer Diskussion einigt man sich darauf, dass der neue Konzessionsvertrag separat als Beschlussantrag, vor dem Auslaufen des derzeitigen Verträgen am 31.12.2012, in den Stadtrat zur Beschlussfassung eingebracht wird.</p> <p>Der Antragsinhalt wird sodann um folgenden Satz ergänzt: „Der Vertrag wird dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.“</p> <p>Der Beschlussantrag 030-2011 wird mit dieser Ergänzung einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.</p> <p style="text-align: right;">mit Änderungen empfohlen</p>	<p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
<p>zu 5.12</p>	<p><b>Beschluss zur Beteiligungsrichtlinie der Stadt Bitterfeld-Wolfen</b></p> <p>Die <b>Oberbürgermeisterin, Frau Wust</b>, verweist auf Änderungen aus dem Wirtschafts- und Umweltausschuss vom 08.03., die an die Ausschussmitglieder als Tischvorlage verteilt wurden und in das Mandatos eingestellt werden. Die Änderungen werden von der Verwaltung übernommen.</p> <p><b>Herr Dr. Baronius</b> äußert, dass im WUA außerdem einige Punkte hinterfragt wurden. Eine Frage bezieht sich auf S. 6 der Beteiligungsrichtlinie (Pkt. 2 – Privatrechtliche Gesellschaften). In der Tabelle steht unter der Rubrik GmbH &amp; Co. KG, Rechtsnatur: nicht selbständig rechtsfähig. Dies sei für ihn fraglich und sollte nochmals geprüft werden, worum er bereits im WUA gebeten hatte.</p> <p><b>Frau Lorenz</b> bezieht sich auch auf die Tabelle auf S. 6. , die aus ihrer Sicht entbehrlich ist. Hier sind ihrer Meinung nach Dinge enthalten, über die man geteilter Auffassung sein kann, z.B. wenn es um die GmbHs, die Beteiligung weiterer Kommunen oder Privatpersonen gehe.</p> <p><b>Frau Wust</b> bemerkt, dass es bei der Tabelle auf Seite 6 lediglich um eine Auflistung geht. Es sind Möglichkeiten aufgeführt, welche Konstellationen es im Einzelnen geben kann und wie sich diese auswirken.</p> <p><b>Herr Dr. Welsch</b> äußert, dass er mit der Tabelle ebenso Probleme habe, z.B. mit den Angaben zur GmbH &amp; Co. KG .</p> <p><b>Die OB, Frau Wust, entscheidet, aufgrund der Diskussionen, die Tabelle auf S. 6 der Beteiligungsrichtlinie herauszunehmen.</b></p> <p>Weitere Diskussionen zum Inhalt der Beteiligungsrichtlinie schließen sich an.</p> <p>So hinterfragt u.a. <b>Herr Herder</b>, wozu man eigentlich diese Beteiligungsrichtlinie benötigt.</p>	<p><b>Beschlussantrag 031-2011</b></p>

**Herr Dr. Baronius** bemerkt, dass diese eine Rahmenrichtlinie auch für die Arbeit künftiger Mandatsträger darstellen soll. Die Dinge, die vom Gremium z.T. angesprochen werden, seien firmenspezifisch und gehören seiner Meinung nach nicht in diese Richtlinie.

**Herr Tetzlaff** hält die Beteiligungsrichtlinie als Grundlage für eine koordinierte Zusammenarbeit der Akteure generell für notwendig.

**Herr Dr. Welsch** spricht weitere Dinge in der Richtlinie an, die für ihn nicht schlüssig sind.

So taucht u.a. bei wesentlichen Entscheidungen die Formulierung „Votum“ auf, was für ihn rechtlich nicht relevant sei. Es müssen seiner Meinung nach bei bestimmten Dingen (z.B. bei Satzungsänderungen in Zweckverbänden) vom Stadtrat entsprechende Beschlüsse gefasst werden.

Es stellt sich z.B. für ihn auch die Frage, welche Außenwirkung diese Richtlinie haben soll.

Er hält es für erforderlich, dass sich die Stadt Gedanken macht, welche Aufgaben sie letztendlich in welcher Form in den Gesellschaften oder Zweckverbänden wahrnehmen wolle.

Die **Oberbürgermeisterin, Frau Wust**, äußert, dass die Erarbeitung einer Rahmenrichtlinie für die Beteiligungen der Stadt Bitterfeld-Wolfen in der Stadtratssitzung am 5.5.2010 (Beschluss 066/2010) beschlossen wurde. Sie hatte damals bereits zum Ausdruck gebracht, dass der Stadtrat klar definieren muss, was er eigentlich konkret mit der Rahmenrichtlinie wolle.

**Frau Lorenz** meint, dass man nochmals zurückschauen sollte, weshalb eine Beteiligungsrichtlinie überhaupt notwendig ist. Ihrer Meinung nach sollten die Beteiligungen hinsichtlich finanzieller Gesichtspunkte beleuchtet werden. Mit der Beteiligungsrichtlinie wollte man u.a. ihrer Meinung nach erreichen, dass man als Aufsichtsratsmitglied möglicherweise auf bestimmte kritische Punkte hingewiesen wird, bevor man in die Aufsichtsratssitzung geht. Diese Risikobewertung ist aus der Richtlinie nicht zu entnehmen, wie das funktionieren soll. Sie sehe dies auch unter dem Gesichtspunkt, dass Leute in Aufsichtsräten vertreten sind, die nicht Mitglieder des Stadtrates, sondern Privatpersonen sind. Die Beteiligungsrichtlinie sollte auch für jene Personen gelten, die nicht Mitglieder im Stadtrat sind.

**Frau Wust** bemerkt, dass jedes Aufsichtsratsmitglied dem Unternehmen verpflichtet ist und auch dafür haftet.

**Herr Dr. Baronius** äußert zur Formulierung „Votum“, dass man diese seinerzeit gewählt hatte, da die Formulierung „Beschluss“ bedeuten würde, dass der Stadtrat jedes Mal einen entsprechenden Beschluss (unter Beachtung sämtlicher Ladungsfristen) fassen müsste. Dies sollte umgangen werden.

Die Frage von Frau Lorenz wurde bereits im Ausschuss diskutiert. Das Problem sei, dass die Risikoanalyse Bestandteil des Jahresabschlusses ist. Dort muss jedes Unternehmen festlegen, wie es mit einem Risiko umgehen wolle. Diesen Jahresabschluss erhält man in der Regel von der jeweiligen Sitzung. Wenn ein Unternehmen z.B. in Schwierigkeiten geraten ist, hat der Geschäftsführer die Pflicht, auf die Risiken entsprechend hinzuweisen.

**Frau Lorenz** meint, dass man den Beteiligungsbericht, z.B. für das

	<p>Wirtschaftsjahr 2009, der mit den HH-Unterlagen ausgereicht wurde, als Stadtrat erhält, wenn alles erledigt sei. Bei manchen Dingen müsste man hinterfragen, wie z.B. bestimmte Differenzen entstanden sind.</p> <p>Die <b>OB, Frau Wust</b>, bemerkt, dass jeder Stadtrat das Recht habe, jederzeit die Unterlagen einzusehen. Der Vertreter im Aufsichtsrat könne ebenso befragt werden. Die jeweiligen Vertreter der Aufsichtsräte bzw. Zweckverbände berichten auch immer in den Stadtratssitzungen. In einem Fall wurde auch eine Arbeitsgruppe gebildet.</p> <p><b>Herr Dr. Welsch</b> meint, dass man das Ganze als abgestimmte Handlungsempfehlung oder als Informationsmaterial den Mandatsträgern übergeben könnte, allerdings ohne dass darüber ein Beschluss gefasst werden sollte.</p> <p><b>Herr Dr. Baronius</b> erwähnt, dass es eine Empfehlung von Anwälten gewesen sei, dass man eine derartige Richtlinie haben sollte, damit man sich auch im Falle von Auseinandersetzungen darauf beziehen könne. Als Grundlage wurden entsprechende Richtlinien anderer Städte genommen. Es sollte lediglich eine Handlungsanleitung für die an den Gesellschaften Beteiligten sein und die grundlegenden Handlungen in der Richtlinie enthalten sein.</p> <p>Es wird daraufhin nochmals im Mandatos der seinerzeitige Beschluss 66-2010 eingesehen bzw. verlesen, auf welcher Grundlage der vorliegende Beschlussantrag basiert.</p> <p>Die <b>OB</b> äußert, wenn das Gremium allerdings der Meinung ist und bei der vorliegenden Beteiligungsrichtlinie noch Klärungsbedarf sieht, könnte der Beschlussantrag nochmals in den Wirtschafts- und Umweltausschuss zurückverwiesen werden.</p> <p><b>Herr Dr. Baronius</b> meint, dass man bereits das zweite Mal über die Problematik im Wirtschafts- und Umweltausschuss diskutiert hatte und bzgl. des vorliegenden Beschlussantrages eine mehrheitliche Empfehlung an den Stadtrat gegeben wurde.</p> <p>Die <b>Oberbürgermeisterin, Frau Wust</b>, bittet nach den umfangreichen Diskussionen, um das Votum des Haupt- und Finanzausschusses.</p> <p>Der HFA gibt sodann keine Empfehlung für den Stadtrat zum BA 031-2011.</p>	<p>Ja 3 Nein 5 Enthaltung 0</p>
<p><b>zu 6</b></p>	<p><b>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte</b></p> <p>Die <b>Oberbürgermeisterin</b> berichtet über folgende Dinge:</p> <p>Der Arbeitskreis Große kreisangehörige Städte hat in Bitterfeld-Wolfen getagt. Hauptthema war die Haushaltssituation der Städte und Gemeinden, im Besonderen die der Stadt Bitterfeld-Wolfen. Es waren mehrere Pressevertreter eingeladen. Das MDR war ebenso vertreten. Etliche Firmen begingen bzw. begehen in diesem Jahr ihr 20-jähriges Firmenjubiläum, das auch entsprechend gewürdigt wird.</p> <p>Am 02.03. fand das 18. Wittenberger Gespräch statt, zu dem der Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Wolfgang Böhmer eingeladen hatte. Es ging</p>	

dieses Mal um das Thema „Gerechtigkeit“. Zu den Referenten zählten u.a. die Tochter des Altbundeskanzlers Helmut Schmidt und die frühere Landesbischöfin Frau Margot Käßmann.

Frau Wust äußert sich weiterhin sehr kritisch zu einem Beitrag eines Journalisten der Wochenzeitung „ZEIT ONLINE“.

Ferner erinnert die OB an die Sportlerehrung, die am Freitag, dem 11.03. im Städtischen Kulturhaus stattfindet.

Am Mittwoch, dem 16.03.11 wird der Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Wolfgang Böhmer im Rahmen seiner „Abschiedstour“ die Stadt Bitterfeld-Wolfen besuchen.

Ebenfalls am 16.03. feiert der PD ChemiePark sein 10-jähriges Bestehen. Die Stadt Bitterfeld-Wolfen wird ein Grußwort halten.

Am 17.03. findet wiederum ein Treffen mit dem Delitzscher Oberbürgermeister statt, wo es um den Austausch zu gemeinsamen Problemen geht (u.a. zur Wasserproblematik).

**Herr Herder** erinnert an die Baumschutzsatzungen, die im vergangenen Jahr im Stadtrat behandelt, jedoch zurückgestellt wurden. Er fragt, wie diesbezüglich der Stand ist.

Er weist des Weiteren darauf hin, dass seit dem 01.03. bereits Bürgerarbeiter in der Stadt Bitterfeld-Wolfen eingesetzt sind. Er fragt, wieviele Personen und in welchen Bereichen diese für die Stadt tätig sind, dabei speziell nach dem Einsatz im Bereich Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt.

**Herr Dr. Baronius** äußert, dass die Baumschutzsatzungen schon mehrfach im Wirtschafts- und Umweltausschuss behandelt werden sollten, jedoch von der Verwaltung zurückgehalten wurden, da noch Änderungen vorzunehmen waren. Derzeit liegt die Satzung nach seinem Kenntnisstand zur Prüfung beim Landesverwaltungsamt.

Die **OB** bemerkt, dass man bzgl. der Bürgerarbeit eine Mitteilungsvorlage vorbereiten wird. Hinsichtlich des Einsatzes im Bereich Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit sieht sie ein großes Betätigungsfeld im Stadtgebiet, u.a. vor allem an der Goitzsche.

**Herr Krillwitz** spricht an, dass er aus der Presse entnehmen konnte, dass die WBG ihren Geschäftssitz in den Seitenflügel des Geb. 041 verlagern wolle. Er fragt, ob der Aufsichtsrat in diese Entscheidung mit einbezogen wurde. Er geht auch davon aus, dass die meisten Mieter in Wolfen-Nord wohnen. Er sieht es als negatives Signal, wenn der Standort der WBG in Wolfen-Nord aufgegeben wird.

Die **OB** teilt mit, dass es sich um eine unternehmerische Entscheidung handelt, die das Unternehmen getroffen hat. Wenn die WBG dies als wirtschaftlich sinnvoll betrachtet, könne man kein Veto einlegen. Es wird auch eine Nachnutzung des Gebäudes in Wolfen-Nord geben.

**Herr Tetzlaff** regt an, dass man sich in den Fraktionen zum Thema Factory Outlet Center (FOC) bis zur nächsten Woche eine Meinung bilden und sich im Vorfeld vor der Stadtratssitzung am 17.03. nochmals verständigen sollte.

Die **OB, Frau Wust**, äußert, dass sie damit ein Problem habe, da jeder Beschlussantrag gem. § 47 (3) GO LSA und gem. § 5 (1) der Hauptsatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen vor der Beschlussfassung im Stadtrat in einem beschließenden Ausschuss bzw. im HFA vorberaten werden muss.

Sie verweist zum Thema nochmals auf den Landesentwicklungsplan, der die Richtlinie darstellt.

**Frau Lorenz** meint, da seinerzeit die Stellungnahme zum Landesentwicklungsplan von Seiten der Verwaltung abgegeben wurde, ist es ihr unverständlich, weshalb der Stadtrat und nicht die Verwaltung diese Stellungnahme nun aufheben soll.

**Herr Tetzlaff** entgegnet, dass sich die Verwaltung eine Meinung gebildet hat. Wenn der Stadtrat allerdings mehrheitlich anderer Meinung ist, dann muss der Stadtrat darüber entscheiden.

**Frau Lorenz** äußert, dass es ihres Erachtens bisher nirgendwo eine Information gegeben habe, was dort eigentlich in Brehna exakt geplant ist. Ihr sei weder etwas über die Größenordnung der Flächen noch über die Branchenstruktur bekannt. Wenn man als Hintergrund negative Auswirkungen auf die künftige Innenstadtentwicklung im OT Bitterfeld gesehen habe, stehe für sie die Frage, bei welchen Branchen das FOC evtl. einer künftigen Entwicklung der Innenstadt entgegenstehen würde. Hier hätte sich ihres Erachtens auch ein Ausschuss mit dem Thema beschäftigen müssen, bevor man eine endgültige Entscheidung im Stadtrat trifft. Sie spricht sich zwar nicht gegen das FOC aus, doch sie sieht die Gefahr bei einem voreiligen Beschluss des Stadtrates, wenn irgendwann einmal später eine Entwicklung dadurch verzögert werden würde, dann würde man sich auf den Beschluss des Stadtrates berufen. Die Stadträte hätten eigentlich jedoch keine richtige Grundlage für ihren Beschluss gehabt, sondern eigentlich nur, dass die Verwaltung gesagt habe, dies entspreche nicht dem Landesentwicklungsplan.

**Frau Wust** erwähnt den Optionsvertrag, den der Stadtrat am 16.12.10 beschlossen hat, wo es um die Entwicklung der Innenstadt geht. Derjenige, mit dem der Optionsvertrag geschlossen wurde, habe geäußert, dass er erst einmal abwarten wolle, was in Brehna passieren wird. Erst dann würde er entscheiden, ob er sein Vorhaben weiter verfolgt oder nicht. Es könnte passieren, dass dann keine Innenstadtentwicklung im OT Bitterfeld stattfindet.

**Herr Dr. Baronius** äußert seinen Unmut darüber, wie der ganze Vorgang in der Stadt Bitterfeld-Wolfen behandelt wurde. Die Stadt hat eine Sache auf dem Verwaltungsweg abgelehnt, die seiner Meinung nach mindestens in einem Ausschuss hätte diskutiert werden müssen. Der Landesentwicklungsplan ist nach seiner Kenntnis noch nicht bestätigt. Es sei s.E. nicht Sache der Stadt Bitterfeld-Wolfen, andere auf gesetzliche Regelungen hinzuweisen, dass man etwas nicht darf. So gehe man nicht mit Nachbarn um. Es habe seines Wissens Beratungen in der Stadt zur Problematik gegeben, so dass genügend Kenntnis z.B. bzgl. der Branchenstruktur sein müsste. Man hätte auch mit dem Investor und dem Nachbarn über Kompromisse reden können. Es wird immer auf das Stadtentwicklungskonzept und den Landesentwicklungsplan hingewiesen. Man habe auch im Ausschuss erlebt, dass der Vorsitzende des Stadtrings in Wolfen, als auch der Innenstadtverein in Bitterfeld gesagt habe, dass das FOC die Entwicklung in der Bitterfelder Innenstadt nicht stören würde. Das Outlet-Center kommt ohnehin und wenn es nach Wiedemar kommt. Der Landrat habe dort schon das Schild aufgestellt. Er verweist auf 500 Arbeitsplätze für die Region. Wenn man sich jetzt noch lange Zeit lasse und noch in einigen Ausschüssen vorberaten wolle, dann ist die Entscheidung

gefallen. Nach seiner Meinung muss nicht jeder Antrag vorher in einem beschließenden Ausschuss vorberaten werden. Wenn es eine Fraktion fordert, muss es sein. Wenn allerdings nicht, können seiner Meinung Anträge im Stadtrat auch ohne Vorbehandlung vorgelegt werden. Es hätte auch die Möglichkeit bestanden, wenn die Verwaltung gewollt hätte, das heute zu behandeln. Er findet dieses Vorgehen nicht in Ordnung.

**Frau Wust** bemerkt, dass man auch Schaden von der Stadt abwenden müsse. Dies sollte auch die Intension der Stadträte sein. Wenn die Innenstadtentwicklung gefährdet ist, dann ist das für die Stadt von großem Belang.

Der Stadtrat trifft letztendlich die Entscheidung. Wenn aber in der Innenstadt dann wieder Ruinen stehen und nicht verschwinden, wo man jetzt die Möglichkeit habe, dann sind die Stadträte diejenigen, die immer erzählen, dass nichts für die Innenstadtentwicklung getan wird bzw. dass die Ruinen verschwinden.

Sie sei immer gesprächsbereit und hätte es begrüßt, wenn die Gespräche auch tatsächlich stattgefunden hätten.

**Herr Krillwitz** vermisst auch detaillierte Informationen zum Factory Outlet Center. Er spricht sich ebenso dafür aus, dass man in den Ausschüssen vorher über die Problematik diskutiert oder es könnte ggf. im Stadtrat unter dem TOP Mitteilungen, Berichte informiert werden.

**Frau Wust** bemerkt, der Ausschussvorsitzende des Wirtschaftsausschusses hätte ohne Weiteres die Problematik auf die Tagesordnung setzen können.

**Herr Herder** meint, dass man ggf. auch keinen Beschluss fassen müsste, wenn man in der Lage wäre, die Verwaltung zu überzeugen, dass sie ihren Widerspruch zurückzieht.

Nach weiteren Diskussionen wird konstatiert, dass die Entscheidung zur Problematik letztendlich im Stadtrat getroffen werden muss.

**Herr Gatter** bittet die **OB** um einen Gesprächstermin zum Thema Schwimmhalle.

**Herr Herder** bezieht sich auf die Gefahrenabwehrverordnung, wo es u.a. um das Anbringen von Hausnummern geht. Er hatte bereits schon einmal beanstandet, dass an manchen öffentlichen Gebäuden Hausnummern fehlen, was er jetzt z.T. immer noch festgestellt hat. Er fragt, ob hier schon Aufträge ausgelöst worden sind.

**Frau Wust** bemerkt, dass man sich nochmals darum kümmern wird.

**Herr Gatter** äußert, dass er vor ca. 14 Tagen im FB Ordnungswesen nachgefragt hatte, ob es nicht möglich ist, vor dem Rathaus zumindest die Fußwege von Split zu befreien. Auf der Straße wurde dieser beseitigt.

Die **OB, Frau Wust**, bemerkt dazu, dass der Split absichtlich dort liegen gelassen wurde. Dies sei auch eine finanzielle Frage. Da nunmehr kein Frost mehr absehbar ist, wird der Split sukzessive beseitigt.

<b>zu 7</b>	<b>Schließung des öffentlichen Teils</b>  Die <b>Oberbürgermeisterin, Frau Wust</b> , schließt um 20.07 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.	
-------------	--	--

gez.  
Petra Wust  
Ausschussvorsitzende

gez.  
Ilona Bütow  
Protokollantin